

Der Rote Skandal

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den

Erbball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Redaktionssatz: Die maximal gestattete Ausgabe ist über 200000. Für Familienabgaben 200000. Für die Zeitungszelle (anlässlich der sozialdemokratischen Zeitung "Der Rote") 200000. Einzelne Ausgaben nur an den sozialdemokratischen Zeitungen 200000. Einzelne Ausgaben nur an den sozialdemokratischen Zeitungen 200000. Einzelne Ausgaben nur an den sozialdemokratischen Zeitungen 200000.

Redaktionssatz: In einer Ausgabe 200000 Mark zu verbrauchen, kostet sie 200000 Mark ohne Verlust. Die "Arbeitskammer" erhebt keine Kosten, außer an Kosten und Gehaltszinsen. In diesen höheren Gewalt besteht kein Unterschied mit Ausgaben der Zeitung vor dem Ausbruch des Weltkrieges.

Verlag: Dresden: Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-Döhlen. Schriftdruckerei und Verlagsbuchhandlung, 2. Geschoss 17-220. Postleitzahl: Dresden 18-000. Sprachausgaben: Dresden 20-120. Wie alle Großstädte. Mitteleuropa 17-18 Uhr berichtet. Und abends. Dresden. Zeitungs 18-19 Uhr täglich erscheint.

7. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 11. Juli 1931

Nummer 136

Brünings fünfte Notverordnung in Gicht!

Gäschische Gemeinden fürzen Fürsorgegeld

Leipzig, 11. Juli. (Eig. Meldung.)

Der Bezirksoberverband der Amtshauptmannschaft Leipzig teilt mit, daß seine laufenden Einnahmen geringer seien als die notwendigsten Ausgaben für laufende Fürsorgelasten. Es bleibe nichts anderes übrig, als alle anderen Zahlungen zurückzuhalten und nur noch die laufende Fürsorgeunterstützung auszuzeichnen. Aber auch das könne nicht mehr in voller Höhe gelingen. Es ist bereits angewiesen, je 1 Mark für einen Erwachsenen und 35 Pf. pro Kind weniger auszuzeichnen! Einmalige Unterstützungen können überhaupt nicht mehr gewährt werden. Der Bezirksoberverband der Amtshauptmannschaft Leipzig behauptet, daß auch die Auszahlungen in verminderter Höhe nur dann geübt werden, wenn das Reich dem Bezirksoberverband eine höhere Anleihe gewährt, worauf jedoch nicht zu rechnen ist.

Berlin, 10. Juli. (Eig. Bericht.)

Nach einer Meldung eines gut informierten Berliner Mitteilungsbüros plante die Regierung, nunmehr den schwierigen Krieg gegen die bürgerlichen Wohlmaßen durchzuführen. Durch eine neue Notverordnung will die Brüning-Diktatur die Länder und Gemeinden zwingen, 300 Millionen und noch mehr, die gesammtig in den Gemeindesaßen leihen, durch Einsparungen möglichst. In dieser Meldung heißt es dann weiter:

"Auf diese Weise werden die Sozialausgaben in nie gekannter Weise geschränkt, und die Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden, die bisher schon aus Sparmaßnahmen auf ein Minimum eingezogen war, wird diese Minimierung erheblich unterstreichen. Handelt es sich doch hier um Maßnahmen, die allein soziale und kulturelle Staatstätigkeiten treffen, und aus diesen Haushaltssubventionen mehr herauspressen sollen, als die ganze Notverordnung erparnt bringt."

Wenn diese Meldung stimmt, und daran ist nicht zu zweifeln, denn was sollte wohl eine der Regierung notwendigste Dinge für ein Interesse daran haben, umrichtige Regierungsmitglieder zu veröffentlichen, so bedeutet die kommende fünfte Notverordnung gegen die Gemeinden nicht mehr und nicht weniger, als die Streichung aller Wohlfahrtsausgaben und die weitere Räumung der Ausgaben für kulturelle Zwecke.

Offiziell wird also jetzt der Sinn der ganzen Brüning-Aktion im Zusammenhang mit der Kreditgarantie der Schwermüde für die Brüning-Regierung enthüllt. Mit einem Blöge steht der ganze Schwund der sozialdemokratischen Macht von den legitimen Verhandlungen über die Verbesserung der letzten Notverordnung, die schon unzähliges Elend und unbeschreibliches Hunger erzeugte. Ja, die SPD-Koalitionsregierung Badens bereitet Brünings fünfte Notverordnung vor. (Siehe Seite 2)

Die vielen Hunderttausend Wohlfahrtsvertriebenen, all die unzähligen Jugendlichen und Frauen, die auf Grund der letzten Notverordnung schon feinerlei Erwerbslosenunterstützung nicht erhalten, werden jetzt direkt zum Hungertode verurteilt. In den letzten Tagen haben schon eine Anzahl von Gemeinden und Gemeindebezirken die Auszahlung von Wohlfahrtsunterstützungen eingestellt und wandten sich an das Reich. Und die Reichs-Regierung will mit einer Notverordnung antworten, die zumindest alle Gemeinden in Deutschland zu dem gleichen Schicksal treibt. Wenn die Kommunisten in den Gemeinden vorstellen, zur Brüning-Aktion zu erheben, so kommt die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten und ihrer "Auseinandersetzung". So werden Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gleichfalls mithilfe des Erwerbslosen-Schöpfung der Tarife auf Gas, Wasser, Elektrizität, Erhöhung der Kopfsteuer, der Gemeindegetränkesteuern und aller anderen Gemeindesteuern. Das wird eine weitere Folge der neuen Brüningschen Notverordnung sein. Die Profiteure der

Wissensprämierung im revolutionären Wettbewerb 15. Juli

Alle Ortsgruppenleitungen der Partei müssen vom 15. bis 17. Juli den Bericht über die Ergebnisse der Werbearbeit für die Zeit vom 1. April bis 15. Juli an das Bezirkssekretariat einsenden. Der Berichtsbogen wurde allen Ortsgruppenleitungen bereits vor langer Zeit beigelegt. Bei den Ergebnissen muß in jedem Fall das vom Bezirk oder der UBV angegebene Soll mit angegeben werden.

Gentil! Steigert die Werbearbeit. Nutzt auch die Zwischenzeit bis zum nächsten Großwerbezeit aus, damit die bereits verzeichneten Ergebnisse noch vergrößert werden. Arbeitet alle mit daran, damit am 1. August das Österreichische Volksblatt (Armer Tenor der Oberlausitz), die kommunistische Wochenzitung, erscheint.

Alle Straßenzellen müssen ihr Wohngebiet von Haus zu Haus durcharbeiten. Die Betriebszellen müssen in den Betrieben die Werbearbeit systematisch steigern. Die Stationen in den Massenorganisationen müssen ihrerseits eine gründliche Werbearbeit bei den Mitgliedern der Massenorganisationen unter der Vorsprung "Kein Mitglied ohne kommunistische Presse" durchführen.

Großkampftag der Dresdner Roten Sportler am 11.-13. Juli

Luther mit leeren Händen!

Berlin, 11. Juli.

Der Reichsbankpräsident Luther ist von seinem Bittgang nach London und Paris mit leeren Händen zurückgekehrt. England hat aus Furcht vor einem französisch-amerikanischen Gegenvorstoß eine selbständige Anleiheaktion für Deutschland abgelehnt und seine Beteiligung an einer internationalen langfristigen Milliardenanleihe von der Teilnahme Frankreichs abhängig gemacht. Nach dem gescheiterten Versuch in London hat sich Luther nach Paris begeben. Der Präsident der französischen Staatsbank hat dem deutschen Reichsbankpräsidenten die kalte Schulter gezeigt. Das französische Finanzkapital machte eine Anleiheaktion von folgenden drei wirtschaftlichen

(Fortsetzung zweite Seite)

KPD stimmt für Etat der Schied-Diktatur

Nachkündigung des Landtags / Immunitätsraub gegen KPD-Abgeordnete vorbereitet

In der Nachkündigung des Sächsischen Landtags von gestern auf heute wurde der vollselbstliche Etat der Schied-Diktatur mit den Stimmen der Volkspartei, der KPD, der Demokratischen Wirtschaftspartei, der Volksrepublik, der Nationalen Reichsvereinigung und der Christlich-Sozialen Volksdienstes angenommen. Dagegen stimmten die Kommunisten und aus demagogischen Gründen die Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Mit ihrer Zustimmung zum Etat hat die SPD wieder demonstriert, daß sie die Schied-Diktatur, die Linke Brünings, unterstützt und mit ihr durch die linke und dünne geht.

Der Plenartag des Landtages ging eine gemeinsame Sitzung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie vor, in der die gemeinsame Plattform für die Zustimmung zum Schied-Etat geschaffen wurde. Diese Plattform liegt absolut in der Linie der Notverordnung der Brüning-Regierung.

Der Etat, der mit 1 Million unter der Regierungssumme liegt, sieht vor: Bei den sozialen Ausgaben für die Heil- und Pflegeanstalten werden die Mittel um 90 000 Mark gekürzt. Bei einer Anzahl Kapitel, u. a. bei dem Kapitel Landtag und Ministerium, werden Beamte abgebaut, bei dem Titel Arbeitserhaltung 10 000 Mark gekürzt. Die Ausgaben für Förderung der Verbundungen werden um 7000 Mark, die Ausgaben für Jugendschule um rund 45 000 Mark herabgesetzt. Hier zeigt sich die reaktionäre Haltung der Sozialdemokratischen Partei, die mit den Bürgerlichen die Herabsetzung der sozialen Ausgaben vereinbart, gleichzeitig aber dafür sorgt, daß der zwangsläufige Vau-

deutsche 350 000 Mark aus den Taschen der Steuerzahler in den Kassen geworfen werden. Die gesamte Demagogie der Sozialdemokratischen Partei offenbart sich darin, daß sie noch vor wenigen Tagen gegen die Einsetzung für die Kirche stimmte. Mit der Zustimmung zu dem Antrag Kastners bewilligte die Sozialdemokratische Partei nicht nur diese 350 000 Mark, sondern an 5 Millionen Mark für die Kirche, während sie gleichzeitig die sozialen Ausgaben herabließ.

Wie im Reich die SPD-Faktion die Durchführung der Notverordnung unterstützt, tritt auch jetzt die lädierte Sozialdemokratie mit aller Deftigkeit auf die Seite der Bourgeoisie-Diktatur. Die Aufzirkulation der Verhältnisse, die Verdierung der Krise des Kapitalismus und der Klassengegnätheit trennt die Massenverachtung der Sozialdemokratischen Partei ein und zwängt sie immer öfter, ihre konterrevolutionäre Stellung zu enthalten.

Vor der Abstimmung des Etats vollführte die Sozialdemokratische Partei ein demagogisches Manöver, indem sie für die Aufhebung der Immunität einiger Nationalsozialisten stimmte. Auch dieses Manöver war vorher in der gemeinsamen Sitzung der Bürgerlichen und SPD abgesetzt. Doch der SPD gab eine Erklärung ab, um diesen Streich einen antisemitischen Anstrich zu geben. Genau so kann man brandmarkt dieses Manövers der SPD, die lediglich dem sozialistischen Kurs durch ihr offenes Einschwören in die Schied-Front eine letzte Salvo gibt und die Immunitätsaushebung für Kommunisten vorbereitet.

Auf der ganzen Linie unterstützt die SPD die Ausplünderei der Massen und die Kolonialisierung Deutschlands.

Blut-Horthys Offiziere in Dresden

Reichswehr beim Waffentag / Kavalleriefront von der NSDAP bis zur SPD

Dresden, 11. Juli.

— bei der fortlaufenden Wehrorientierung des deutschen Großcapitals — insbesondere gegen Sovjetrußland.

Einmütig begüßten die bürgerlichen Dresden-Bücher, die Nachrichten, die Rennen Nachrichten, der Anzeiger und der Kreiszeitung, den "Waffentag der Kavallerie". Mit in der Front steht die Volkspolizei, die sich bis jetzt noch unterer Name aufgestellt — ausschweift. Schweigen ist die Methode der SPD-Führer zur Unterdrückung des imperialistischen Waffentags. Das ist die Fortsetzung ihrer Kriegspolitik von 1914. Und wie erinnern deodalhöchste heute wieder, wie damals die Volkspolizei am 10. 10. 1914 zum Durchholen im Westen ermunterte und lag:

Kampfgeist im Westen

„Die Entscheidung, welche kommen muß, wird wir uns (?) günstig (?) sein... Langsam füllt sich das Moth unseres Übergewichts; in der Zahl, in der Waffentäuschung, im Propagandastrudel. Tropfen um Tropfen kommen hinzu und endlich kommt doch der Tag, an welchem es überläuft. Von diesem Zeitpunkt sind wir nicht mehr weit (?) entfernt.“

Wie heißt der Film: „Im Westen nichts Neues“...

Die Bevölkerung Dresden sieht in dem "Waffentag" die imperialistische Kriegsfeier der Volkspolizei. Sie lämmelt sich um die einzige antikolonialistische Partei, die KPD, und ihre Arbeiterspinne, ihr östentliches Volk-Echo!